

Übersichten

Mai 1999

Außenpolitik

1 Die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad

Am 7. Mai 1999 wurde das chinesische Botschaftsgebäude in Belgrad durch Lenkraketen der NATO vernichtet. Drei chinesische Journalisten kamen dabei ums Leben, 20 wurden verwundet. (Näheres dazu s. Thema in diesem Heft) -we-

2 Bundeskanzler Schröder in China

Der Schröder-Besuch sollte ursprünglich vom 12. bis 14. Mai dauern, wurde unter dem Eindruck der Bombardierungen der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO aber auf einen Tag reduziert. Die Vertreter der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftsminister Müller blieben zu Hause. Auch die zwölf bilateralen Verträge, die zur Unterschrift bereitlagen, blieben während des eintägigen „Arbeitsbesuchs“, der sich fast nur mit dem Kosovo-Thema befaßte, unbeachtet.

Die Verträge sollten Probleme wie das unzuverlässige Rechtssystem, die Dis-

kriminierung ausländischer Unternehmer, die willkürliche Lizenzvergabe für Dienstleistungen und die hohen Zölle für einzelne Produktgruppen bereinigen helfen.

Auch Diskussionen zu der Frage, wie sich das deutsche Außenhandelsdefizit gegenüber der VR China reduzieren läßt, gab es angesichts der Überlagerung des Kanzlerbesuchs durch die Kosovo-Krise nicht.

Bei seinem Besuch am 12. Mai in Beijing entschuldigte sich Schröder im Namen der deutschen Regierung und im Namen von NATO-Generalsekretär Solana bei der VR China für die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad. Er sicherte zu, es werde eine genaue Untersuchung des Vorfalles geben. Jiang Zemin betonte seinem Gast gegenüber, daß China, „konfrontiert mit dem barbarischen Akt der US-geführten NATO ein Gefühl des bitteren Hasses gegen den Feind empfinde“ und daß es deshalb zu „Protestwellen in ganz China komme“. Das chinesische Volk blicke auf eine lange zivilisatorische Tradition zurück und habe immer allergrößten Wert auf die Bewahrung des Friedens in der Welt gelegt. „Die Deutschen und die Chinesen sind hart arbeitende und intelligente Völker, Deutschland als eines der gegenwärtig führenden Wirtschaftsmächte besitzt Einfluß in Europa und in der Welt. China will seine gegenseitig nützlichen und kooperativen Beziehungen mit Deutschland fortsetzen.“ (XNA, 14.5.99)

Auf Einzelheiten zur politischen Lösung des Kosovo-Konfliktes wollten die chinesischen Gastgeber nicht eingehen, solange die NATO ihre Bombardierung fortsetze.

Beide Seiten kamen jedoch darin überein, daß eine politische Lösung des Kosovo-Konfliktes im Rahmen des UNO-Sicherheitsrats zu suchen sei.

Bei dem vorausgegangenen Gespräch mit Ministerpräsident Zhu Rongji hatte dieser verlangt, daß der Bombenangriff auf die VRCh-Botschaft gründlich untersucht werde. Es sei „schwer zu glauben“, daß die Bombardierung auf einem Irrtum beruhe. (XNA, 13.5.99) -we-

Innenpolitik

3 Drei-Schluchten-Damm: Umsiedlungspläne revisionsbedürftig - Kosten außer Kontrolle

Auf einer vom Staatsrat veranstalteten zweitägigen Konferenz (19.-20. Mai), die sich mit Umsiedlungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Drei-Schluchten-Staudamm befaßte, äußerte Ministerpräsident Zhu Rongji erstmals öffentlich Bedenken gegenüber der Durchführbarkeit des Projektes in seiner bisherigen Form. Zhus Bedenken wurden auch in der *Volkszeitung* (RMRB, 24.5.1999) wiedergegeben, in der seit 1987 praktisch keine kritischen Artikel zu dem Staudamm-Projekt mehr zu finden waren.

Insbesondere forderte Zhu eine Revision der Relokationsmaßnahmen für die Bevölkerung in der betroffenen Region. In den vergangenen sechs Jahren seit 1992 sind insgesamt offenbar nur 150.000 Menschen umgesiedelt worden. Die Umsiedlung erweist sich in der Praxis als viel schwieriger als von der Regierung Li Peng noch vor wenigen Jahren behauptet worden war. Zhu deutete an, daß die laufenden Planungen für die Umsiedlung von 550.000 Menschen bis zum Jahr 2003 sich in der bisherigen Form nicht realisieren ließen. Es müßten neue Wege und neue Zielregionen für den Bevölkerungstransfer gefunden werden. Auch dürften marode Unternehmen, die nicht über konkurrenzfähige Produkte verfügten, keinesfalls mit staatlicher Hilfe an einen neuen Standort verlegt werden. Solche Unternehmen müßten vielmehr konsequent geschlossen werden.

Auch die Vorwürfe massiver Korruptionsdelikte gegen Ingenieure und Inspektoren des Staudamm-Projekts kamen zur Sprache. (IHT, 24.5.1999; SCMP, 27.5.1999) In Beijinger Regierungskreisen ist von einer Kostenexplosion die Rede: Das Staudamm-Projekt werde das Drei- bis Vierfache der ursprünglich veranschlagten Mittel (90 Mrd. Yuan RMB) verschlin-

gen. Deshalb mehren sich nun die Gerüchte, daß das Projekt insgesamt womöglich nur in einem kleineren Format fortgeführt werden soll. -hei-

4 Migranten: Repressalien in Beijing, Liberalisierungsexperimente in Guangzhou

Die Beijinger Stadtregierung hat sich zum Ziel gesetzt, mehrere hunderttausend Wanderarbeiter, die sich illegal in der Hauptstadt aufhalten, bis Anfang Oktober (mit Blick auf die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Gründung der VR China) aus dem Stadtgebiet zu vertreiben. Nach offiziellen Angaben leben in Beijing 2,8 Mio. Migranten.

In einer ersten Welle von Maßnahmen wird seit Anfang des Jahres gegen provisorische Behausungen von Migranten vorgegangen. Durch den Abriß ihrer Wohngelegenheiten sollen 40.000 Haushalte zur Rückkehr in ihre Heimatregion gezwungen werden. Darüber hinaus werden in manchen Stadtteilen wöchentlich bis zu drei Razzien der Polizei durchgeführt, um illegale Zuwanderer zu fassen. Die zweite Welle von Maßnahmen soll im Sommer die rund 400.000 Migranten treffen, die weder amtlich registriert sind, noch eine Wohnung oder eine Arbeit haben.

Im südchinesischen Guangzhou wird hingegen mit einer partiellen Lockerung der Wohnsitzregistrierung für Angehörige beruflich erfolgreicher Zuwanderer experimentiert. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hatte im letzten Sommer entsprechende Richtlinien erlassen (siehe C.a., 1998/8, S.800). Die Umsetzung dieser Vorgaben in Guangzhou könnte innerhalb der nächsten fünf Jahren zu einer Bevölkerungszunahme von mehr als 180.000 Menschen und zu einer beträchtlichen Mehrbelastung für den städtischen Haushalt führen. Guangzhou mit seinen derzeit 6,7 Mio. Einwohnern soll offenbar als Vorreiter für die Reform der Wohnsitzregistrierung fungieren. (SCMP, 21.5.1999) -hei-

5 Religionspolitik: Widerstand gegen Kirchenabriß in Xi'an - Mordkomplott einer Untergrundsekte in Chongqing

Nach Angaben des Hongkonger Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratiebewegung in China kam es am 23. Mai in Xi'an zu einer gewaltlosen Konfrontation zwischen rund 500 christlichen Gläubigen und 30 Polizisten wegen des Verkaufs eines Kirchengrundstücks an ein Immobilienunternehmen.

Die Gemeindemitglieder der größten und ältesten protestantischen Kirche in Xi'an, die nun einem kommerziellen Bauprojekt weichen soll, führten Transparente mit sich, auf denen gegen den Verkauf des Gemeindegundstücks protestiert wurde. Das Immobilienprojekt war seit mehr als einem Jahr Gegenstand von Kontroversen zwischen der staatsnahen Kirchen-Dachorganisation und der lokalen Kirchengemeinde. Die Stadtregierung soll den Verkauf des Grundstücks und den Abriß der Kirche aktiv betrieben haben, da sie Gottesdienste mit manchmal mehreren tausend Teilnehmern nicht länger im Stadtzentrum dulden wollte. Als Ersatz ist eine Kirche in einer nördlichen Vorstadt im Bau, die bei den rund zehntausend protestantischen Christen in Xi'an aber offenbar auf wenig Akzeptanz stößt.

Aus dem südwestchinesischen Chongqing meldete eine chinesische Zeitschrift, daß dort 71 Anhänger der illegalen Untergrundsekte „Gesellschaft der Jünger“ (*Mentuhui*) festgenommen worden sind. Ihnen wird vorgeworfen, die Ermordung eines Gemeindefunktionärs geplant und Haß gegen die Regierung geschürt zu haben. (SCMP, 24./25.5.1999) -hei-

6 Armutsbekämpfung und Minderheitenschutz: Umstrittenes Weltbank-Projekt in Qinghai

Ein Weltbank-Projekt, das der Armutsbekämpfung durch Umsiedlungsmassnahmen in der Provinz Qinghai dienen soll und ein Volumen von 160 Mio. US\$ hat (darin enthalten ist ein Kredit von 100 Mio. Dollar zu besonders vergünstigten Konditionen), ist zum Gegenstand heftiger

Kritik unter tibetischen Exilgruppen und im amerikanischen Kongreß geworden. (*Economist*, 19.6.1999, S.90; FT, 13.5.1999)

Die Weltbank beabsichtigte, rund 60.000 Bauern (darunter etwa 60% Han-Chinesen) aus einer verarmten Ostregion der Provinz in eine fruchtbarere Region in Zentral-Qinghai umzusiedeln und dort weitere Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft zu unternehmen. Die Zielregion der Umsiedlungsaktion aber liegt in einem Teil Qinghais, das von tibetischen Exilgruppen als integraler Teil des traditionellen tibetischen Siedlungs- und Kulturgebietes angesehen und verteidigt wird. Durch die von der Weltbank geplante Erhöhung des han-chinesischen Bevölkerungsanteils sehen die Exilgruppen die kulturelle Identität der dort lebenden Tibeter in Gefahr.

In den Vereinigten Staaten hat eine massive, gegen das Projekt gerichtete Kampagne inzwischen zu breiter Kritik unter Kongreß-Abgeordneten geführt. Auch einige Regierungsbehörden haben sich für eine Revision der Weltbank-Planungen eingesetzt. Die chinesische Seite hingegen hat eine „Politisierung“ der Weltbank-Arbeit als nicht hinnehmbar bezeichnet und mit Konsequenzen für das gesamte Engagement der Organisation in China gedroht. Die abschließende Entscheidung der Weltbank über die Genehmigung und die Durchführungsmodalitäten des Projekts steht noch aus. -hei-

7 Tibet als „Schwachstelle“ Chinas und Quelle der Instabilität

Bereits im Januar ist in der politischen Zeitschrift *Strategie und Management* (*zhanlüe yu guanli*, 2.1.1999, S.21-33, nach SWB, 22.5.1999) ein Artikel erschienen, der manche Warnungen tibetischer Exilgruppen vor einer han-chinesischen Kolonisierungspolitik zu bestätigen schien.

Tibet wurde in dem Aufsatz als „Schwachstelle“ des chinesischen Territoriums bezeichnet. Die Zahl der gegenwärtig in Tibet lebenden und arbeitenden Chinesen sei zu niedrig, um eine effektive und dauerhafte Kontrolle über das Gebiet aufrechterhalten zu können. Der Dalai Lama habe inzwi-

schen die westliche Öffentlichkeit auf seine Seite ziehen können. Die chinesische Regierungspropaganda hingegen habe sich in der Tibet-Frage international als wirkungslos erwiesen. Selbst der Tod des Dalai Lama werde nicht zu einer Lösung der Tibet-Frage führen, da dann voraussichtlich radikalere Elemente die Oberhand in der Exilführung gewinnen würden. Selbst wenn man den Tibetern erweiterte Autonomierechte einräume, werde Tibet im nächsten Jahrhundert voraussichtlich eine Quelle der Instabilität bleiben. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

8 Umwandlung staatlicher Forschungsinstitute in Unternehmen

Auf Beschluß der chinesischen Regierung werden 242 bisher staatlich finanzierte wissenschaftlich-technische Forschungsinstitute zum 1. Juli 1999 aus der generellen staatlichen Finanzierung entlassen und kommerzialisiert. Dies bedeutet, daß die Institute entweder selbständige Unternehmen werden oder sich ganz oder teilweise in bestehende Betriebe eingliedern oder zu technischen Dienstleistungszentren werden müssen. Die 242 von dieser Maßnahme betroffenen Institute unterstehen bislang zehn staatlichen Büros der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel. Die Umwandlung der Institute muß vor dem Hintergrund der Reform des Wissenschaftssystems gesehen werden. Hauptgründe sind die Sparmaßnahmen des Staates, die die Regierung zwingen, die generelle Subventionierung aller Universitäten und Forschungsinstitute einzuschränken, ferner die Belebung und Ankurbelung innovativer Forschung, die sich im Wettbewerb bewähren soll. (Vgl. RMRB, 27.5.99, S.1; XNA, 28.5.99)

Ähnlich wie die Wirtschaft sollen auch Wissenschaft und Technik durch private Initiative und Marktmechanismen vorangebracht werden. Durch den Verkauf ihrer Forschungsergebnisse sollen sich die Institute weitgehend

selbst finanzieren. Allerdings zieht sich der Staat nicht völlig aus der Verantwortung zurück. So wird er für die Pensionen ehemaliger Mitarbeiter weiterhin aufkommen. Auch können Forschungsanträge an den Staat gestellt werden, so daß die Chance besteht, im Wettbewerb mit anderen Forschungsinstitutionen staatliche Mittel für Forschungsprojekte einzuwerben. Staatlich gefördert werden in erster Linie wichtige technologische Projekte, Projekte von wirtschaftlicher Bedeutung und hochtechnologische Projekte von strategischer Bedeutung. Die bequemen Zeiten, in denen die Finanzen unabhängig von den Ergebnissen automatisch flossen, seien vorbei, hieß es von offizieller Seite. Heute müsse man um Förderung kämpfen und seine Stärke unter Beweis stellen. (Ebd.)

Um den Instituten den Übergang zu erleichtern, werden ihnen steuerliche und sonstige Vergünstigungen eingeräumt. So brauchen die Institute innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Steuern zu zahlen und können selbständig Außenhandelsaktivitäten entfalten (RMRB, a.a.O.). Ergänzend wurde bekannt, daß von den 242 Instituten 40 selbständige Unternehmen werden, die sich durch den Verkauf geistigen Eigentums unterhalten, 131 werden in große Unternehmen oder Unternehmensgruppen eingegliedert, 18 werden in Vermittlungsorgane für wissenschaftlich-technische Entwicklung umgewandelt, und der Rest wird in Bildungsinstitutionen integriert oder aufgelöst. Die betroffenen Forschungsinstitute befassen sich mit Industriesparten wie Kohle, Metallurgie, Nichteisen-Metallen, Petrochemie, Baumaterialien, Maschinenbau, Leichtindustrie und Textilien. (XNA, 27.5.99)

Die Regierung erhofft sich von der Umwandlung der Institute in Betriebe einen Innovationsschub für die Wirtschaft. Nach wie vor stellt die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse in die Praxis ein großes Problem dar. Durch die neue Organisationsform werden die Betriebe zur Zusammenarbeit mit und Ausrichtung auf die Wirtschaft gezwungen sein, und damit werden sich auch ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit steigern, so daß eine schnellere Umsetzung der Forschungsergebnisse zu erwarten ist. Insofern wur-

de die Maßnahme in einem Kommentar der *Volkszeitung* (27.5.99, S.5) als Durchbruch bei der Reform des Wissenschaftssystems bezeichnet. Das bisherige System staatlich finanzierter Forschung sei in einer Zeit des Übergangs zur „sozialistischen Marktwirtschaft“ nicht mehr zeitgemäß, ja es stelle eine ernste Behinderung für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft und für die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse dar. Daher könne von einer grundlegenden Reform noch nicht die Rede sein.

China strebt an, daß die Unternehmen den Hauptanteil der Investitionen für Forschung und Entwicklung tragen. Bislang tätigen sie von der gesamtstaatlichen F+E-Arbeit die Hälfte, wobei ihr Anteil an der angewandten Forschung 10% beträgt. Die Investitionen der Betriebe in F+E machen nur 40% der gesamtstaatlichen Investitionen aus. Dieses Verhältnis, so heißt es in dem Kommentar, liege weit unter demjenigen entwickelter Länder, d.h. in China seien die Unternehmen noch weit davon entfernt, die Hauptverantwortung für die technische Erneuerung zu tragen; dies sei aber eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit. Der Staat erhofft sich, daß durch die Umwandlung der Forschungsinstitute in Betriebe die großen unter ihnen zu Pionieren für die Entwicklung von Chinas High-Tech-Industrie werden und sich in nicht allzu ferner Zukunft aus ihnen eine Reihe von großen High-Tech-Unternehmensgruppen herausbilden wird. Die übrigen Institute sollen insbesondere die große Zahl von mittleren und kleinen Unternehmen mit neuer Technologie versorgen. (Ebd.)

Für die Institute selbst wird es nicht einfach sein, sich plötzlich selbst finanzieren zu müssen. Sie werden vor allem Personal entlassen müssen, denn die hohe Last der Personalkosten werden sie sich nicht mehr leisten können. Erleichtert und abgefedert wird die Umstrukturierung dadurch, daß der Staat die Zahlung der Pensionen übernimmt. -st-